

Schmahl, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version

Die Risiken des Aufschwungs

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmahl, Hans-Jürgen (1986) : Die Risiken des Aufschwungs, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 66, Iss. 1, pp. 2-3

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/136113>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Die Risiken des Aufschwungs

Die vielen Prognosen über die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1986, die in den letzten Wochen veröffentlicht worden sind, sagen ohne Ausnahme ein viertes Aufschwungsjahr voraus. Impulse werden in erster Linie von der Inlandsnachfrage erwartet. Auch die Ergebnisse im einzelnen unterscheiden sich nicht nennenswert. Wachstumsraten des realen Bruttosozialprodukts von 3 bis $3\frac{1}{2}$ %, Zunahmen der Beschäftigung um 250 000 bis 300 000 Personen, Anstiegsraten des Verbraucherpreisniveaus von $1\frac{1}{2}$ bis 2 % und Überschüsse in der Leistungsbilanz von 40 bis 50 Mrd. DM markieren die gängigen Vorstellungen.

Für die optimistischen Erwartungen gibt es genügend Gründe. Die Investitionsbedingungen sind günstig; insgesamt weiter steigende Erträge, gesunkene Zinsen und eine in vielen Bereichen wieder beachtlich hohe Auslastung der Kapazitäten sprechen für einen anhaltend kräftigen Investitionsanstieg. Zunehmende Beschäftigung und nicht zuletzt die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer führen bei dem geringen Preisanstieg zu einer beachtlichen Erhöhung der Realeinkommen und des Konsums. Das Abklingen des Rückgangs im Baugewerbe wirkt wie der Abwurf von Ballast. Und der Export dürfte weiterhin einen Beitrag zum Aufschwung leisten, wenn er auch wegen der verhaltenen Weltkonjunktur und des schwächeren Dollarkurses langsamer als bisher wachsen wird.

Der Gleichklang an Optimismus unter den Prognosen könnte den Eindruck erwecken, daß die wirtschaftliche Entwicklung frei von Risiken ist oder jedenfalls von den Prognostikern so gesehen wird. Das trifft jedoch nicht zu, wie leicht festzustellen ist, wenn nicht nur die Ergebnisse, sondern auch die Begründungen und Annahmen zur Kenntnis genommen werden. Wer sein Wissen aus den Massenmedien bezieht – und das dürfte für den allergrößten Teil „der Öffentlichkeit“ gelten – hat allerdings kaum eine Chance, die den Prognosen zugrundeliegenden Annahmen kennenzulernen, denn dort werden sie selten erwähnt.

Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung auf kurze Sicht liegen vor allem im weltwirtschaftlichen Umfeld. Dabei geht es namentlich um die internationale Verschuldung, den Handelsprotektionismus sowie die Entwicklung der amerikanischen Konjunktur und des Dollars angesichts des „doppelten Defizits“ der USA, im Staatshaushalt und in der Leistungsbilanz. Ob von einem oder mehreren dieser Probleme während des Prognosezeitraums merkliche Störungen auf die Weltwirtschaft und damit auch auf die Konjunktur der Bundesrepublik Deutschland ausgehen werden oder nicht, ist nicht mit Sicherheit vorausszusagen. Der Prognostiker aber muß sich für eine der beiden Möglichkeiten entscheiden; er muß eine „Annahme“ machen. Alle Prognosen für die Bundesrepublik gehen hinsichtlich der weltwirtschaftlichen Entwicklung offenbar – das geschieht nicht immer ausdrücklich – von der Annahme aus, daß es zu keiner nennenswerten Störung von außen kommt. Damit ist das Risiko zwar aus der Prognose eliminiert, nicht aber aus der Welt. Sollte es etwa zu einem rapiden Schwund des Vertrauens in den Dollar kommen, der das amerikanische Notenbanksystem zu einer restriktiven Geldpolitik zwingen würde, wäre eine Rezession in den USA durchaus

möglich. Sie würde sich negativ auf den Welthandel, auf den Export der Bundesrepublik und damit letztlich auch auf die Inlandsnachfrage auswirken.

Inländische Risiken für die Wirtschaftsentwicklung dieses Jahres von annähernd gleicher Virulenz wie die weltwirtschaftlichen sind gegenwärtig nicht zu erkennen. Mit Recht wird häufig auf die große „Solidität“ dieses Aufschwungs hingewiesen. Während frühere Aufschwünge von zunehmender Anspannung der Ressourcen und einer Beschleunigung des Kosten- und Preisauftriebs begleitet waren, verläuft der gegenwärtige weitgehend spannungsfrei und mit wachsender Preisstabilität; alles spricht für ein Anhalten dieser Tendenz im laufenden Jahr. Daß die Geldpolitik entgegen der erklärten Absicht der Bundesbank dennoch restriktiv werden und so den Aufschwung – mit Verzögerung – bremsen könnte, ist zwar hier und da im Zusammenhang mit den Vereinbarungen der „Großen Fünf“ über die Beeinflussung des Dollarkurses vermutet worden. Doch die Bundesbank hat versichert, daß sie Verpflichtungen mit solchen Konsequenzen nicht eingegangen sei, und ihr bisheriges Verhalten macht das auch glaubhaft.

Auch in der Lohnpolitik zeichnet sich eine den Aufschwung gefährdende Tendenz zu unangemessen großen Lohnerhöhungen gegenwärtig nicht ab. Käme es wider Erwarten doch dazu, würde davon weniger die wirtschaftliche Entwicklung dieses Jahres als die der darauffolgenden Zeit beeinträchtigt; das Schicksal des Aufschwungs hängt weiterhin in nicht geringem Maße von der Lohnpolitik ab. Vor einiger Zeit erregten lohnpolitische Äußerungen Bonner Politiker Aufsehen, die als Aufforderung zu verstärkten Lohnerhöhungen verstanden werden konnten. Gemeint war jedoch, daß sich die Gewerkschaften auf die Forderung nach „reinen“ Lohnerhöhungen beschränken sollten, anstatt den Spielraum teilweise durch Arbeitszeitverkürzungen mit Lohnausgleich auszuschöpfen. Glücklicherweise haben diese Äußerungen wohl nicht den Eindruck hinterlassen, den man zunächst befürchten mußte. Erstaunlich bleibt, wie dilettantisch sich selbst gestandene Politiker über ein so sensibles Thema verbreiten.

Die immer deutlicher werdenden wirtschaftlichen Erfolge dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung weiter verbessert werden müssen. Die Notwendigkeit dazu ergibt sich schon aus der immer noch hohen Arbeitslosigkeit und dem Hinzukommen einer großen Zahl zusätzlicher Bewerber um einen Arbeitsplatz in den nächsten Jahren. In der Wirtschaftspolitik geht es um Probleme, die von der „Deregulierung“ über den Abbau von Subventionen – der keineswegs nur aus fiskalischen Gründen erforderlich ist – und die Abkehr von merkantilistischen Tendenzen bis zur Wahrung der Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit (Problem des § 116 AFG) reichen. Einen ordnungspolitischen Aspekt hat aber auch die Forschungspolitik. Immer noch wird Projektförderung in großem Stil betrieben, anstatt sich auf die Förderung der Grundlagenforschung zu konzentrieren. In der Finanzpolitik sollte die Grundlinie weiterhin von einer engen Begrenzung des Zuwachses der Staatsausgaben bestimmt sein. Fortgeführt werden muß auch die Steuerreformpolitik. Die Pläne für die „Steuerreform 1990“ enthalten vielversprechende Ansätze, aber auch falsche Weichenstellungen. Eine erheblich erhöhte Belastung mit indirekten Steuern würde die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen der Einkommensteuerreform stark beeinträchtigen.

Zur Verbesserung der Beschäftigungslage müssen aber noch weitere Bedingungen erfüllt sein. Der Einsatz von Arbeitskräften muß für die Unternehmen hinreichend disponibel sein, wobei berechtigte Schutzinteressen der Arbeitnehmer durchaus zu wahren sind. Die Kosten der Arbeit dürfen in Relation zu ihrem Ertrag und zu den Kosten des Produktionsfaktors Kapital nicht zu hoch sein, und die Arbeitskräfte müssen die nachgefragten Qualifikationen haben. Dies alles ist offensichtlich nicht hinreichend gewährleistet. Vielmehr wirken die hohen Entlassungsbarrieren zugleich als Einstellungsbarrieren. Die Kosten der Arbeit, insbesondere die Lohnnebenkosten, sind hoch. Die Lohndifferenzierung ist unzureichend; vor allem wenig qualifizierte Arbeit ist zu teuer. Schließlich reicht die Qualifikation vielfach nicht aus; so hat die Hälfte der Arbeitslosen keine abgeschlossene Berufsausbildung. Es ist Aufgabe der Tarifpolitik, der Arbeitsmarktpolitik und der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Beschäftigungschancen durch Reduzierung dieser Hindernisse zu verbessern.